

## **Abschrift:**

**Frankfurter Rundschau vom 2. Juli 2009**

### **Reinheim: Wahlrecht für alle**

Bislang dürfen gemäß dem Maastrichter Vertrag nur Staatsangehörige von EU-Ländern in Deutschland zur Kommunalwahl gehen. Die Reinheimer Stadtverordnetenversammlung hat in der jüngsten Sitzung eine Resolution mit Stimmen von SPD, Grünen und DKP beschlossen, mit der sie die hessische Landesregierung, Bundesrat und Bundestag auffordert, die Initiative der rheinland-pfälzischen Regierung zu unterstützen, die Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer erreichen will. CDU und Freie Wähler stimmten dagegen.

Dietmar Köhler (CDU) erklärte, dass es jedem freigestellt sei, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen, um auch hier wählen zu können. FWG-Fraktionsvorsitzender Edgar Friedrich ist der Meinung, dass viele Ausländer gar nicht wählen wollten.

Ursprünglich hatte die DKP eine Resolution vorgelegt, in der Bundesrat und Bundestag direkt von der Stadt aufgefordert werden sollten, alle notwendigen Grundgesetzänderungen vorzunehmen. "Eine demokratische Bürgergesellschaft kann es sich auf Dauer nicht leisten, einen großen Teil ihrer Mitglieder von elementaren Mitwirkungsrechten auszuschließen", hieß es in der Antragsbegründung.

Beschlossen wurde schließlich ein Änderungsantrag der SPD mit dem Hinweis auf die Initiative aus Rheinland-Pfalz sowie als zusätzlichem Adressat die hessische Landesregierung und der Erklärung, die Kampagne "Demokratie braucht jede Stimme! Kommunales Wahlrecht für alle" zu unterstützen. (ers)